



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/154 - 10. Juli 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831-33  
Fernschreiber 0686490

Hinweise  
auf den Inhalt:

Wieviel kostet ein CDU-Bundestagsabgeordneter?	S. 1
Debatte um den italienischen Staatspräsidenten	S. 3
Ein Briefwechsel zwischen der "Jungen Union" und dem Bundestagsabgeordneten Ritzel	S. 5
Die Reisekosten des Kanzlers	S. 7
Der Mittelstand und die CDU	S. 9
Born und Warschau	S. 10

## "Damit er einen günstigen Platz erhält"

sp. Es gibt ein altes Sprichwort: "Wer gut schmiert, der gut fährt". An dieses Sprichwort muss sich auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Meyer-Ronnenberg aus Niedersachsen erinnern haben, als er sich darum bewarb, wieder ein sicheres CDU-Bundestagsmandat zu erhalten. Da sein ihm von der CDU Niedersachsen zugewiesener Wahlkreis durchaus nicht sicher ist, mobilisierte Herr Meyer-Ronnenberg die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. Dabei kam dann folgender Brief an die Landes- und Bezirksverbände des deutschen Einzelhandels heraus:

### HAUPTGEMEINSCHAFT DES DEUTSCHEN EINZELHANDELS

Das geschäftsführende Präsidialmitglied

An die  
Landes- und Bezirksverbände

Köln, den 25. 6. 1957  
Neumarkt 18 a  
Tel. 22 47 51 - 55

Betr.: Bundestagswahl

Der Bundestagsabgeordnete Rudolf Meyer-Ronnenberg, Hannover, ist bekanntlich einer der drei Abgeordneten aus dem Einzelhandel. Die Hauptgemeinschaft ist begrifflicherweise auf das lebhafteste daran interessiert, dass wenigstens die drei Kaufleute wieder in den neuen Bundestag gewählt werden, die auch dem bisherigen angehörten.

Herr Meyer-Ronnenberg hat uns darüber informiert, dass er innerhalb des Landesverbandes Niedersachsen einen Wahlkreis bekommen

10. Juli 1957

hat, der zwar aussichtsreich, aber nicht absolut sicher ist. Daher ist es erforderlich, dass er auch auf der Landesliste Niedersachsen einen günstigen Platz erhält. Voraussetzung ist - wie allgemein üblich - die Aufbringung von Wahlgeldern, mit deren Hilfe die Partei (CDU) den Wahlkampf führen kann.

Herr Meyer-Ronnenberg teilt uns mit, dass es notwendig ist, noch zusätzliche Mittel zu beschaffen, damit er entsprechend günstig placiert werden kann. (Unterstreichung durch die Redaktion)

Wir wenden uns daher an die Landesverbände und eine Anzahl von grösseren Bezirksverbänden mit der Bitte, diesem Wunsch des Herrn Meyer-Ronnenberg durch Übersendung von Geldbeträgen nachzukommen. Die Beträge werden zweckmässigerweise auf das Sonderkonto der Hauptgemeinschaft bei der Kreissparkasse Köln No. 97299 mit dem Zusatz "Wahlfonds" überwiesen. Die Hauptgemeinschaft wird ihrerseits die Summen unmittelbar an den zuständigen Landesverband der CDU Niedersachsen mit dem Hinweis weiterleiten, dass es sich um einen Wahlzuschuss für die Sicherung der Kandidatur des Herrn Abgeordneten Meyer-Ronnenberg handelt.

Soweit sich die Verbände dieserhalb an einzelne Firmen wenden, bitten wir, diesen mitzuteilen, dass wir nach Überweisung der Stiftungsbeträge eine Bescheinigung des Landesverbandes der CDU besorgen werden, die die steuerliche Absetzung dieser Beträge ermöglicht.

Zum Schluss bemerken wir noch, dass die Aktion nur dann aussichtsreich ist, wenn etwaige Überweisungen schnellstens erfolgen. Wir werden den Verbänden, die sich an der Aufbringung der Mittel beteiligen, abschliessend eine Gesamtrechnung zustellen.

Mit freundlichen Grüssen!

Unterschrift

Dieser Brief ist deutlich. Damit Herr Meyer-Ronnenberg "entsprechend günstig placiert" werden kann, muss er sich mit Hilfe seiner Berufskollegen bei der CDU "entsprechend günstig" einkaufen. Es wäre interessant zu erfahren, wie hoch der Preis für die "entsprechend günstige" Placierung ist.

Eine sachliche Unrichtigkeit enthält allerdings der Brief der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. Es ist durchaus nicht "allgemein üblich", dass die Placierung eines Abgeordneten auf der Landesliste von dem Geldsack abhängig gemacht wird, den er der betreffenden Partei, die ihn aufstellt, mitbringt. Allgemein üblich ist dagegen, dass die Fähigkeiten und die Leistungen des betreffenden Abgeordneten für die Placierung entscheidend sind. Aber vielleicht hat die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels bei früheren Wahlen mit der CDU schon einige Erfahrungen gesammelt, die sie darauf schliessen lässt, dass von dem Kaufen und Verkaufen von Abgeordneten bei der CDU für "allgemein üblich" hält.

Überschreitet Gronchi seine Kompetenzen?

P.E. - Rom, Mitte Juli

Als vor rund zwei Jahren der christlich-demokratische Parlamentarier Giovanni Gronchi überraschend zum neuen Staatsoberhaupt Italiens gewählt wurde, erliess er anlässlich seiner Angelobung vor den versammelten Häusern des Parlaments eine Botschaft, deren Ton und Inhalt aufhorchen liess. Es war eine Art Regierungsprogramm mit klar ausgesprochenen politischen Direktiven, und schon damals wurden mehrfach Stimmen laut, die Zweifel daran äusserten, ob es zu den verfassungsmässigen Befugnissen des Staatspräsidenten gehöre, programmatische Erklärungen abzugeben, die Sache des Regierungschefs, nicht aber des unverantwortlichen Staatsoberhauptes seien.

Gronchi hat dann in der Folgezeit immer wieder bewiesen, dass er sein Amt wesentlich anders auffasst als seine beiden Vorgänger. Während nämlich De Nicola und Einaudi stets peinlich genau darauf geachtet hatten, niemals in die Staatsführung als solche einzugreifen, und sich gewissermassen auf die Rolle eines "Notars der Republik" zu beschränken, hat Gronchi mehrfach seine Befugnisse so ausgelegt, als sei Italien eine "Präsidentialrepublik" nach amerikanischen, nicht aber eine parlamentarische Republik nach französischem Muster.

Es hat daher in diesen zwei Jahren mehrfach Meinungsgegensätze und Spannungen zwischen der Kanzlei des Staatspräsidenten und dem Ministerpräsidenten gegeben. Da die italienische Verfassung noch sehr jung ist und einer festen Tradition von Präzedenzfällen ermangelt, ist es durchaus erklärlich, wenn ein so energischer und politisch interessierter Staatspräsident wie Gronchi seine Befugnisse mehr als einmal in einem weiteren Sinne ausgedeutet hat, als dies manchem Regierungsmitglied angenehm sein konnte.

Jetzt aber hat Don Luigi Sturzo, der greise sizilianische Priester und einstige Gründer der Katholischen Volkspartei Italiens - aus der späterhin die Democrazia Cristiana hervorgegangen ist - im Senat eine Rede gehalten, die einen Angriff gegen Gronchi von erstaunlicher Schärfe darstellte und die daher auch allgemein das grösste Aufsehen erregt hat. Don Sturzo ging von den Ereignissen aus, die zur Berufung des neuen Kabinetts Zoli und zu dessen Wiederbetrauung geführt haben. In

diesem Zusammenhang nämlich gab Staatspräsident Gronchi Erklärungen ab, denen zufolge das Staatsoberhaupt nicht nur den Regierungschef zu ernennen, sondern auch an der Bildung des Kabinetts aktiv mitzuarbeiten habe. Gegenüber dieser Auffassung verwies Don Sturzo in seiner Senatsrede auf die Bestimmungen der Verfassungsartikel 89 und 90, in denen die Verantwortlichkeit des Staatspräsidenten festgelegt ist, sowie auf den Artikel 95, in dem es heisst, dass der Ministerpräsident die Politik der Regierung bestimme und für sie verantwortlich sei.

An die von ihm behauptete Unvereinbarkeit der Auffassung Gronchis mit diesen Verfassungsbestimmungen knüpfte Don Sturzo die Anklage, es mache sich seit geraumer Zeit in verschiedenen Ministerien und sonstigen Staatsämtern die Tendenz bemerkbar, sich nicht bloss an die Richtlinien der zuständigen Minister zu halten, sondern auch an die Direktiven, die vom Quirinal ausgehen. Ohne dies in klaren Worten auszusprechen, liess Don Sturzo doch nur zu deutlich durchblicken, dass Gronchi eine Art Nebenregierung geschaffen habe, deren Ziele denen der legitimen Regierung oftmals entgegengesetzt seien.

Wie nicht anders zu erwarten, löste die Rede Don Sturzos eine heftige Debatte im Senat und in der Öffentlichkeit aus, wobei insbesondere die Linksparteien als Paladine des Staatspräsidenten auftraten und Don Sturzo mit heftigen Angriffen bedachten. Es wurde dem Senatspräsidenten Merzagora sogar zum Vorwurf gemacht, dass er Don Sturzo nicht das Wort entzogen habe, worauf jedoch Merzagora mit grosser Entschiedenheit erklärte, jeder Senator habe das volle Recht, seine Meinungen zu äussern, und er selbst werde dieses Recht stets und unter allen Umständen verteidigen. Der Senat stellte sich denn auch sogleich hinter diese Auffassung seines Vorsitzenden und brachte diesem eine regelrechte Ovation dar.

Der Zwischenfall scheint im Augenblick erledigt zu sein, aber man wird nicht verkennen können, dass tatsächlich schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten über die Kompetenzen des Staatsoberhauptes zu bestehen scheinen, die auf die Dauer wohl nicht immer wieder beschönigt und verkleistert werden können, die vielmehr nach einer verfassungsmässigen Klärung verlangen. Dies umsomehr, als Gronchi noch eine Reihe von Jahren sein Amt bekleiden wird und voraussichtlich auch in Zukunft immer wieder Anlässe auftauchen werden, bei denen sich solche Meinungsverschiedenheiten peinlichst geltend machen werden.

10. Juli 1957

Die "Junge Union Deutschlands", Kreisverband Friedberg, hatte an den Bundestags-Abgeordneten Heinrich G. R i t z e l einen offenen Brief aus Anlass einer Rede Ritzels auf einer SPD-Kundgebung im Friedberger Burghof gerichtet. Wir veröffentlichen den Brief und die Antwort, beides spricht Bände.

Gepfefferte Antwort

Herrn Heinrich R i t z e l, M.d.B.

B o n n /Rhein

Betr.: SPD-Kundgebung im Friedberger Burghof am Samstag, den 22.6.1957

Sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter!

Von Ihren Ausführungen bei obiger Kundgebung haben wir durch die Presse Kenntnis erhalten. Dazu erlauben wir uns wie folgt Stellung zu nehmen:

Im Verlauf Ihrer Rede kamen Sie auf die Auslandsreisen des Bundeskanzlers zu sprechen und rechneten im einzelnen vor, wie viele Millionen sie gekostet haben. Sie verschwiegen aber dabei zu erwähnen, welche Erfolge sie für Deutschland hatten. Haben nicht diese Reisen das verlorengegangene Vertrauen in der freien Welt wieder zurückgewonnen und dem deutschen Namen zu Ansehen und Ehre verholfen? Sind die wirtschaftlichen Hilfen nach dem totalen Zusammenbruch - besonders aus Amerika - etwa von ungefähr gekommen oder waren es nicht gerade die durch diese Besuche angeknüpften Verbindungen, die unseren heutigen Wohlstand enorm gefördert haben?

Was sagen unsere 10 000 Spätheimkehrer, die jahrelang in sowjetischer Gefangenschaft geschmacht haben, dass die SPD an der Reiseausgabe des Bundeskanzlers und seiner Delegation nach Moskau von rd. 1 Mill. DM Kritik übt? Ist der SPD die Rückkehr dieser Menschen zu ihren Angehörigen nicht diese Ausgabe wert? Es klingt wie ein Hohn, im Zusammenhang mit der Heimkehr von 10 000 deutschen Menschen diese Geläufte aufzuwerfen!

Es ist eine ungeheuerliche Verleumdung, der CDU aufgrund des beispiellosen wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs in den letzten 10 Jahren vorzuwerfen, sie sei ein Feind des sozialen Fortschritts. Ist das der von der SPD so fair propagierte Wahlkampf? Werfen Sie unserem Bundeskanzler etwa Zusammenarbeit mit den Nazis vor? Adenauer war in dieser schweren Zeit in seinem Vaterland, während Sie sich in neutralen Ausland in Sicherheit fühlen konnten.

Im übrigen waren Ihre Ausführungen völlig unsachliche Polemiken gegen die CDU und den Bundeskanzler, die die wirklichen Tatsachen auf den Kopf stellen.

Hochachtungsvoll!

Kreisvorstand der Jungen Union  
gez. Helmut Münch  
Helmut Münch, 1. Vorsitzender

10. Juli 1957

Abgeordneter Heinrich G. Ritzel

den 4. Juli 1957

An die Junge Union Deutschlands  
Kreisverband FriedbergIlbenstadt  
Schlossgasse 6

Sehr geehrte Herren,

Ihr offener Brief vom 1.7.1957 hat bei mir nicht geringes Erstaunen ausgelöst. Ich erlaube mir, folgendes zu antworten:

1.) Sie haben einen merkwürdigen Begriff von den Pflichten eines Abgeordneten, der Mitglied des Haushaltsausschusses und des Unterausschusses "Rechnungsprüfung" des Deutschen Bundestages ist. Sie haben auch einen merkwürdigen Begriff von den Kontrollrechten und Kontrollpflichten des Parlaments gegenüber der Bundesregierung. Als Staatsbürger, Steuerzahler und Bundestagsabgeordneter beabsichtige ich nicht, auf eine kritische Überprüfung der Ausgaben der Bundesregierung zu verzichten. Ich glaube, dass die deutschen Steuerzahler diese kritische Einstellung eher verstehen werden als eine blinde Billigung von Millionenausgaben, die meines Erachtens in diesem Umfang nicht notwendig waren.

2.) Noch mehr erstaunt bin ich über Ihre geschichtliche Unkenntnis. Als die Marshall-Planhilfe 1947 begann, gab es noch keine Bundesrepublik Deutschland, noch keinen Bundeskanzler, geschweige Reisen des Bundeskanzlers nach den USA.

Es ist eine ausgesprochene Geschichtsklitterung, wenn Sie die Marshall-Planhilfe zugunsten des deutschen Volkes als Erfolg des deutschen Bundeskanzlers darzustellen belieben.

3.) Sie unterstellen, ich sei gegen die Reisen des Bundeskanzlers in das Ausland. Sie sind schlecht unterrichtet. Ich bin sehr dafür, dass deutsche Staatsmänner den Kontakt mit ausländischen Staatsmännern pflegen aber ich bin dagegen, dass aus diesem Anlass Unkosten in einer Höhe entstehen, die nicht notwendig ist.

4.) Sie scheinen auch nichts zu wissen von der Sorge und Arbeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die deutschen Spätheimkehrer sonst hätten Sie einen derartigen Unsinn nicht geschrieben.

Der SPD ist die Rückkehr der Spätheimkehrer so viel wert, dass Geldbegriffe hierfür überhaupt keinen Maßstab bilden können. Sie reden mit Ihrem an den Haaren herbeigezogenen Argument an den Tatsachen vorbei und verschleiern sie.

5.) Vielleicht studieren Sie zu der Behauptung, meine Kritik an dem sozialpolitischen Verhalten der CDU sei eine "ungeheuerliche Verleumdung", zunächst einmal die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über den Begriff der Verleumdung und konfrontieren diese Feststellungen alsdann mit dem Verhalten der CDU im Bundestag zu wichtigen sozialpolitischen Anträgen der SPD.

Zu Ihrem Begriff der Verleumdung möchte ich noch sagen, dass die Nennung von beweisbaren Tatsachen in der Politik eine faire Aufgabe

15. Juni 1955

ist und bleibt. Unterstellungen, wie sie Ihnen belieben sind unfair.

6.) Ich habe mit keinem Wort dem Bundeskanzler Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten vorgeworfen. Warum diese Unterstellung?

7.) Ihr Hinweis, ich hätte mich in der Hitlerzeit im neutralen Ausland aufgehalten, zeugt in der Art der Formulierung von bösem Willen und bedauerlicher Unkenntnis der Tatsachen. Wenn es sich als notwendig erweisen sollte, will ich Sie gerne über die Gründe aufklären und Ihnen die Namen einiger Politiker des damaligen Zentrums (heute CDU) nennen, die sich gleich mir durch Flucht der Ermordung durch die Nazis entzogen haben.

Hochachtung  
(H.G.Ritzel)

\* \* \*

Das Reisen ist des Adenauers Lust

FB. Das deutsche Volk hat tatsächlich so etwas wie eine gesplattene Seele. Selber nüchtern und sparsam regt es sich kaum darüber auf, wenn seine Oberen das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinauswerfen.

Dieses letztere gilt vor allem für die höchsten Spitzen in unserem Staate, dann der Bundeskanzler, der sich so gern aber zu unrecht in Zusammenhang mit grossen Vorbildern der deutschen Geschichte nennen hört, hat eine ihrer Tugenden, die Sparsamkeit, nicht übernommen. Das gilt insbesondere dann, wenn Dr. Adenauer sich im Ausland befindet. Insgesamt hat der Bundeskanzler in der zweiten Legislaturperiode, also von 1953 bis 1956 (die Zahlen für 1957 liegen noch nicht vor)

1.985.555,35 DM.

"verreist". Nicht etwa, dass die SPD gegen Staatsbesuche wäre, ganz im Gegenteil, sie hält den Kontakt zwischen Staatsmännern für eine sehr wertvolle Sache. Aber es fragt sich, ob für diese Reisen diese enormen Summen ausgegeben werden müssen. Die einzelnen Staatsbesuche des Bundeskanzlers erforderten folgenden Aufwand:

USA	1953	186.527,59 DM,
Griechenland und Türkei	1954	162.515,56 DM,
USA	1954	172.798,26 DM,
UdSSR	1955	1.070.279,49 DM,
USA	1956	280.376,35 DM,
Italien	1956	151.274,71 DM,
Belgien	1956	6.465,24 DM,
Frankreich	1956	5.318,15 DM.

Wie kommen solche Summen zustande? Eine Flugreise von Bonn nach Rom beispielsweise kostet hin und zurück DM 461.--, fährt man mit der

Eisenbahn, dann ermässigt sich dieser Betrag sogar auf etwa DM 300.--. Selbst wenn man unterstellt, dass etwa 20 Personen die Reise nach Rom mitgemacht haben, dann kommt man auf reine Flugkosten von DM 9.220.--, Gegeneinladungen und Tagegelder könnte man noch einmal mit DM 10.000.-- berechnen. Bleibt immerhin noch eine Differenz von rd. 80.000.-- DM.

Die Schuld an dieser Ausgabenwirtschaft trägt der Bundeskanzler persönlich, denn er selber lässt sich jedesmal die Liste der Reisedelegation zur Genehmigung vorlegen. Diese Liste ist jeweils um das Drei- bis Vierfache übersetzt, denn die höchste Bürokratie in der Bundesrepublik macht sich ein Vergnügen daraus, auf diese Weise kostenlos ins Ausland zu kommen, ohne dass ihre sachliche Anwesenheit erforderlich wäre. Hinzukommt, dass alle diese Auslandsreisen gleichzeitig so etwas wie ein Familien-Ausflug sind. Es ist an dieser Stelle schon einmal erklärt worden, dass dem Bundeskanzler niemand übernehmen würde, wenn er aus Repräsentationsgründen eine seiner Töchter mit auf die Reise nimmt. Aber die Frage ist nach wie vor nicht beantwortet, wer die Reisekosten für andere Familienmitglieder und die CDU-Propagandisten trägt, die als "Journalisten" getarnt immer zum Suite gehören.

Es sind Steuergelder, die auf diese Art und Weise zum Fenster hinausgeworfen werden. Der Bundesrechnungshof hat sich schon manches Verdienst erworben, um die Bonner Ausgabenwirtschaft auf ein normales Maß zurückzuführen. Er sollte auch die Reisekosten einmal unter die Lupe nehmen, denn niemand ist zu hochgestellt, als dass er nicht auch den Grundsätzen der Sparsamkeit und der Sorgfalt in der Verwendung öffentlicher Gelder unterworfen wäre.

\* \* \*

#### Mittelständische CDU-Demagogie

E.B. Der "Mittelstandstag" der CDU Rheinland hat jetzt in Mülheim ein "Strukturprogramm für den Mittelstand" aufgestellt und gefordert, dass ein "Bundesbeauftragter für Fragen des gewerblichen Mittelstandes" bei der Bundesregierung eingesetzt wird. Das haut hin! Genau acht Wochen vor der Wahl entdeckt die CDU, die acht Jahre lang Regierungspartei ist, den Mittelstand ...

\* \* \*

"Bitte prüft!" rief der SPD-Abgeordnete Erwin Lange der Bundesre-



gierung zu. Und an die übrigen Fraktionen des Bundestages richtete er die Aufforderung: "Wenn wir wirksam etwas tun wollen, sollten wir sofort beschliessen, die Regierung - hier und heute! - zu bitten, diese Frage zu prüfen!" Das war am 16. Dezember 1956. Die Frage war, einheitliche gesetzgeberische Grundlagen für eine Kreditpolitik von Bund und Ländern herzustellen, für eine Kreditpolitik, die den kleinen und mittleren Betrieben des Handwerks, des Handels, des übrigen Gewerbes und den in den freien Berufen selbständig Tätigen endlich den Zugang zum Kapitalmarkt öffnen sollte.

Der SPD-Sprecher rief vergeblich. Im SPD-Antrag (Drucksache 1959) ging es nicht nur um Kredite, sondern auch um die gesetzliche Regelung für eine Alterssicherung der selbständig Schaffenden. Es ging auch darum, die Voraussetzungen für eine vom Bund und Ländern einheitlich zu betreibende Politik der allgemeinen Gewerbeförderung zu schaffen. Kurzum, es ging um grundlegende gesetzgeberische Massnahmen zur Existenzsicherung der selbständig Arbeitenden. Was antwortete damals die CDU durch den Mund ihres "Mittelstandsexperten" Schmücker? "Ist es nicht besser, wenn wir diese Dinge im Ausschuss diskutieren?" Das war die Antwort der CDU. Vergeblich protestierte der SPD-Sprecher: "Sie (die CDU-Fraktion) hätten über die politischen Möglichkeiten, die Sie haben, einen Einfluss auf die Regierung ausüben, vielleicht auch schon einiges in diesem Zusammenhang zuwege bringen können. Aber wenn das bis zur Stunde nicht geschehen ist, sollten wir, meine ich, nicht noch mehr dadurch verzögern, dass wir diese Anträge jetzt den Ausschüssen überweisen!"

Die CDU-Gruppen, mitsamt ihrem "Mittelstandsexperten", blieb hartnäckig bei ihrer Verzögerungstaktik, die auf die Verhinderung einer wirksamen Förderungspolitik für die selbständigen Mittelschichten hinauslief. Daran hat sich während des Restes der Legislaturperiode nichts geändert. Die CDU, mitsamt ihrem "Mittelstandsexperten", deckte die Adenauer-Regierung, welche während der ganzen Jahre ihrer Herrschaft hindurch bewusst und systematisch eine Wirtschaftspolitik betrieb, die nicht nur gegen Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern auch - immer im Interesse des Grosskapitals, das ja nur zu diesem Zwecke die CDU finanziell aushält - gegen den "Kleinen Mann", der selbständig in der Wirtschaft tätig ist. Immer stärker wurde die Steuerschraube angezogen, immer mehr wurde der Kredit für die Kleinen gedrosselt - nicht einmal 1 % der Marshallgelder erhielten sie!

Vor diesem Hintergrund wird die Frechheit der CDU und ihrer "Mittelständler" deutlich, wenn sie jetzt, kurz vor der Bundestagswahl auf ihren Mittelstandstagen eine andere Steuerpolitik, mehr Kredite und schliesslich, als Gipfel ihrer Demagogie, einen "Bundesbeauftragten für den gewerblichen Mittelstand" fordern ..., dieselben Leute, die jahrelang "an Drücker" sassen.

Soll es nur bei Worten bleiben ?

sp - Als erster Staat des Ostblocks hat Polen mit einem westlichen Land, mit Frankreich, ein umfassendes Kulturabkommen abgeschlossen, das einen freien Reiseverkehr zwischen beiden Ländern, Übersetzungen wissenschaftlicher und literarischer Werke, die Förderung des französischen Unterrichts in Polen und umgekehrt, Austausch von Rundfunksendungen sowie Vermehrung der Stipendien vorsieht. Wer bei diesem Abkommen, das in der polnischen Öffentlichkeit als aufgeschlossenes Tor zum Westen lebhaft begrüßt wurde, mehr der Gebende als der Nehmende war, bleibt ohne Belang. Jedenfalls ist es ein weithin sichtbarer Beweis für das durch die Oktoberereignisse unter Führung Gomulkas gewonnene Maß von innerer Freiheit. Es belebt alte, durch die Stalin-Ära eingefrorene Beziehungen zwischen den beiden Ländern und gibt dem polnischen Unabhängigkeitsdrang neuen Auftrieb. Alle Reisenden, die in den letzten Monaten und Wochen Polen besuchten, wissen von einer grossen Aufgeschlossenheit der polnischen Jugend zu berichten, von einem geradezu unersättlichen Hunger nach dem Kulturgut des Westens, von einer geistigen Unruhe, empfänglich für alles Neue.

Wiederholt haben verantwortliche polnische Stellen den Wunsch nach Aufnahme eines kulturellen und diplomatischen Kontaktes auch mit der Bundesrepublik bekundet. Auf ihrer Seite ist das Eis im Auftauen, sind die durch Krieg und Nachkriegszeit bedingten Ressentiments im Verhältnis zum deutschen Volk etwas zurückgetreten. Während seines Pankower Besuches sprach Gomulka vom ganzen deutschen Volk, mit dem er ein gutes Verhältnis wünsche; er fand kaum Resonanz bei den verantwortlichen bundesrepublikanischen Stellen, obwohl es auch hier gewichtige Stimmen gibt, die für eine Veränderung unserer Verhaltensweise eintreten. Sollen diese Stimmen ewig Aussenseiter bleiben? Das wäre nicht gut. Immerhin ist Polen neben der Sowjetunion einer unserer wichtigsten östlichen Nachbarn, auch die polnische Zustimmung zur Lösung deutscher Schicksalsfragen ist unumgänglich. Wer diese elementare Tatsache einer auf die Zukunft bezogenen deutschen Politik übersehen sollte, sollte vom politischen Tun ablassen.

Zwischen Frankreich und dem Gomulka-Polen wird sich nun ein breiter Strom von Büchern, kultureller Aktivität und Ideen ergiessen. Es ist beim besten Willen nicht einzusehen, weshalb die Bundesrepublik dem französischen Beispiel nicht folgen sollte, ist doch für uns damit sehr viel zu gewinnen. Die Aufrechterhaltung des Eisernen Vorhangs zwischen Bonn und Warschau - es gibt zwar einige Löcher, zugegeben - läßt sich nicht rechtfertigen; das Argument, man könne mit Polen keine diplomatischen Beziehungen haben, weil es Pankow anerkannt habe, zieht nicht mehr seit der Aufnahme des diplomatischen Kontaktes mit Moskau. Für die deutsche Politik kann es nur gut sein, wenn sich die polnische Regierung von Bonn aus ein Bild über Deutschland machen könnte statt über Ostberlin. Mit wieviel Misstrauen, Oberflächlichkeiten und falschen Vorstellungen gilt es hier, und zwar auf beiden Seiten, auszuräumen. Der Versuch der Herbeiführung eines guten Verhältnisses zu Polen um unserer gesamtdeutschen Politik willen steht auf der Tagesordnung der westdeutschen Politik; ihr auszuweichen, heisst wesentliche Aufgaben zu verkennen.

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel